

## **Antrag der ASG Berlin zum Landesparteitag am 09.06.2012**

Die Mitgliederversammlung der ASG Berlin hat am 11.04.2012 folgenden Antrag beschlossen:

### **Der LPT Berlin möge beschließen**

Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dass in Berlin ein Gesamtkonzept für Gesundheitsstudiengänge entwickelt wird und entsprechende gesundheitsbezogene Studiengänge weiterentwickelt und aufgebaut werden. Es bedarf weiterer grundständiger und weiterbildender Bildungsmöglichkeiten im Bereich Public Health, Epidemiologie, Gesundheitsökonomie, Gesundheitsförderung und Prävention, sowohl im Bereich der Fachhochschulausbildung als auch im universitären Bereich.

Weiterhin sollen Forschungs- und Evaluationskapazitäten im Bereich Public Health/Gesundheitswissenschaften (wieder-)aufgebaut werden. Forschung darf dabei nicht auf den rein medizinischen Bereich beschränkt sein, sondern muss auch den wichtigen Bereich der nicht-medizinischen Primärprävention und Gesundheitsförderung einschließen.

### **Begründung**

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, eines zunehmenden Förderbedarfs bei von Armut bedrohten Kindern und Familien, der zunehmenden sozial bedingten Ungleichheiten an Gesundheitschancen und wachsender Ansprüche an Dienstleistungen der Gesundheitsgesellschaft hat die SPD mit dem „Aktionsprogramm Gesundheit“ einen richtungsweisenden Ansatz in das Wahlprogramm und nun auch in den Koalitionsvertrag durchsetzen können. Es mangelt jedoch an Forschungs- und Ausbildungskapazitäten, um dem aufkommenden Fachkräftemangel bei Ausgestaltung, Evaluation und Weiterentwicklung des Programms vorzubeugen. Daneben wird ein umfassendes Studienangebot in den Gesundheitswissenschaften benötigt, um in Berlin dem zunehmenden Bedarf nach Evaluationen, Nutzenbewertungen und Expertise in der Versorgungsforschung gerecht zu werden. Im Gesundheitswesen gibt es bislang die meisten Arbeitsplätze und auch das größte Potential zur Beschäftigungsförderung. Mit geeigneten Bildungsangeboten kann der demografische Wandel in unserer Stadt angemessen begleitet (z. B. Schwerpunkt geriatrische Vorsorge), die verstärkte Akademisierung in Krankenkassen und anderen öffentlichen Institutionen bedient und dem Fachkräftebedarf der für Berlin wichtigen Gesundheitswirtschaft entsprochen werden.

Als (gesundheits-)politisches Zentrum und wichtiger Standort der Gesundheitswirtschaft bietet Berlin dabei ideale Voraussetzungen für die Gesundheitswissenschaften. Derzeit hat Berlin eine Vorreiterrolle und bietet verschiedene (Weiter-)Bildungs- und Forschungsangebote mit Gesundheitsbezug. Durch die Auflösung des Berliner Zentrums Public Health an der TU Berlin mit Verlagerung und heute unklaren Ansiedlung von Public Health an der Charité, die Schließung der AG Public Health am Wissenschaftszentrum Berlin und die drohende Einstellung des (kleinen) Master-Studiengangs an der Freien Universität Berlin besteht aber jetzt dringender Handlungsbedarf: Berlin kann mit der Bündelung und Weiterentwicklung seiner Gesundheitsstudiengänge, z. B. in Form einer „Hochschule für Gesundheit“, die bestehenden Ressourcen zusammenführen.